

Bevölkerung mit den im Plan festgelegten Nahrungsmitteln, industriellen Konsumgütern, Wohnungen und Dienstleistungen sind vorrangige Aufgaben. Das verlangt die Verbesserung der staatlichen Leitung unserer Volkswirtschaft. Das verlangt aber auch gleichzeitig eine Änderung der Arbeitsweise der Bezirks- und Kreisleitungen und die Erhöhung der Kampfkraft, der Qualität der Arbeit und die Verbesserung der Massennarbeit unserer Grundorganisationen.

Das Referat über die diesjährigen Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordneten-, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen hielt Genosse Albert Norden. Die Wahlvorbereitungen haben mit der Diskussion über die neuen Ordnungen für die örtlichen Volksvertretungen und dem Wettbewerb in Industrie und Landwirtschaft begonnen. Den Mittelpunkt der Wahlbewegung bildet der Kampf um den Friedensvertrag und die Lösung der Westberlinfrage in enger Verbindung mit der weiteren ökonomischen und politischen Stärkung unserer Republik. Die Wahlen stehen unter der Losung: „Mit dem Friedensvertrag zu Frieden und Einheit der Nation! Mit dem Sozialismus zum Glück des Volkes!“

Im Referat wurden die Erfahrungen der Massennarbeit der letzten Monate dargelegt und erläutert, worin die nächsten Aufgaben in der Industrie, vor allem der örtlichen Wirtschaft, in der Landwirtschaft und auf dem Gebiet der Versorgung bestehen. Große Bedeutung kommt der weiteren Entwicklung der kulturellen Massennarbeit in den Betrieben, Dörfern und Wohngebieten zu. Das Zentralkomitee erwartet von den Mitgliedern größte politische Aktivität, von den Leitungen hohe Qualität der Führungstätigkeit und innige Verbindung mit der Bevölkerung. Notwendig ist die Verbesserung der Arbeit aller Ausschüsse der Nationalen Front.

Die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen sind auch von Bedeutung für die Zusammenarbeit der westdeutschen Werktätigen und der Deutschen Demokratischen Republik. Deshalb muß die Rechenschaftslegung der Volksvertretungen zugleich die Bilanz unserer großen politischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften ziehen. Während der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen gilt es erneut, die Überlegenheit unserer sozialistischen Demokratie gegenüber dem militaristisch-klerikalen Obrigkeitsstaat in Westdeutschland unter Beweis zu stellen.

Das Plenum bestätigte einstimmig das Referat des Genossen Ulbricht, den Bericht des Politbüros und das Referat des Genossen Norden.

Unter Bezugnahme auf die Beratungen der 12. Tagung des Zentralkomitees und im Hinblick darauf, daß neue Probleme in der Planung und Lei-